

Die Fluchtrouten und ihre Gefahren

Kriegs- oder Wirtschaftsflüchtling? Es gibt wohl keine irrsinnigere Frage. Gerade der Blick auf die Gefahren verdeutlicht dies.

Junge Migranten und Flüchtlingen aus Subsahara-Afrika sind am meisten gefährdeten. Lediglich zwei Faktoren helfen ihnen, sich besser zu schützen: Bildung und in Begleitung von anderen zu reisen.

Jugendliche, die weniger als drei Monate auf der zentralen Mittelmeerroute alleine reisen und ungebildet sind, laufen am meisten Gefahr, ausgebeutet zu werden. Die Hilfsorganisation Unicef spricht von einem 89-prozentigen Risiko. Wenn die gleichen ungebildeten Jugendlichen zumindest in einer Gruppe reisen, sinkt das Risiko auf 73 Pro-

zent. Dennoch ändern diese Faktoren nur wenig daran, dass Flüchtende aus diesen Gegenden immer noch in größerer Gefahr sind als jene aus anderen Gebieten. Behält man die gleichen Faktoren bei, verlagert jedoch nur die Region, sinkt das Risiko auf 38 Prozent.

Allerdings signalisiert die Unicef, dass auch methodische Fragen der Studien dazu führen, dass viele Fälle von Ausbeutung nicht erfasst werden. So gibt es zahlreiche Berichte, die verdeutlichen, wie heftig Jugendliche in der Türkei ausgebeutet werden. Denn auch die östlichen Fluchtrouten würden zu großen Gefahrenzonen für Subsahara-Afrikaner. Für sie ist das Ausbeutungsrisiko hier viermal höher.

Auf der zentralen Fluchtroute ist die häufigste Ausbeutungs-

form, gegen den eigenen Willen festgehalten zu werden und zu arbeiten, ohne das erwartete Gehalt zu erhalten. Viele Migranten und Flüchtlinge berichten, dass sie zunächst in der Türkei warten und arbeiten mussten, bevor sie nach Europa fliehen konnten. Wenn Migranten und Flüchtlinge kein Geld mehr haben, akzeptieren sie eher ausbeuterische Arbeit, um zu überleben oder um für ihre weitere Reise zu bezahlen.

Besonders gefährdet sind auch die jungen Afghanen, laut Unicef vor allem in der Türkei und in Bulgarien, aber auch im Iran. In Pakistan werden sie „nur“ als Bürger zweiter Klasse behandelt. Allerdings ist das Land erstaunlicherweise nach der Türkei jenes, das bislang die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat und dies auch weiterhin tut.

Es ist eine bittere Erkenntnis: Kinder benötigen auf ihrer Flucht die Hilfe von Schleusern, um Grenzen zu überqueren. Grenzkontrollen und der Mangel an regulären Fluchtwegen verleiten die Kinder und Jugendlichen dazu, Schmuggler anzuheuern. 90% der Flüchtlinge nutzten 2015 Schätzungen zufolge Schmugglernetzwerke.

Wenn Kinder und Jugendliche Schmugglernetzwerke verwenden, begeben sie sich damit in Gefahr. Denn die Schleuser verfügen über die Kinder. Sie können sie misshandeln und ausbeuten. Es werden „Pay as you go“-Deals vereinbart. Man zahlt erst später. Wer aber nicht flüchtig ist, wird erpresst oder ausgebeutet.

Schmuggler und Menschenhändler sind nicht das Gleiche. Allerdings pflegen Schmuggler mit Verbindungen zum organisierten Verbrechen wichtige Kontakte zu Menschenhändlern. Europol schätzt, dass 20% der beobachteten Schmuggler mit Menschenhandel und 22% mit Drogenhandel zu tun haben.

Wie bleiben Flüchtlings- und Migrantenkinder sicher?



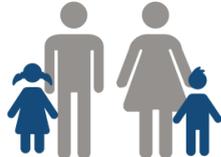
Sinnvoller Schutz

Um Flüchtlings- und Migrantenkinder vor Gewalt und Sklaverei zu schützen, müssen mehr sichere und legale Wege etabliert werden, damit die Minderjährigen sicher reisen und Asyl beantragen können. So fordert Unicef z.B., dass der Informationszugang und die Unterstützung für Jugendliche verbessert werden. Kinder und Familien dürften niemals abgeschoben werden, wenn ihnen Verfolgung oder lebensgefährliche Situationen in ihrem Heimatland drohen. Dass dies dennoch oft geschieht, ist kein Geheimnis.



Alternativmodelle

Kinder dürfen Unicef zufolge nicht wie gewöhnliche Erwachsene festgenommen werden. Es brauche praktische Alternativen. Unbegleitete oder von ihren Eltern getrennte Kinder könnten zum Beispiel in eine Pflegeunterbringung kommen, beaufsichtigt unabhängig leben oder in andere, familienbasierte oder gemeinschaftsorientierte Lebensformen gelangen. Kinder sollten nicht in Einrichtungen untergebracht werden, wo Erwachsene anwesend seien. Die Gefahr des Missbrauchs liegt auf der Hand.



Nicht trennen

Kinder sollen nicht von ihren Eltern getrennt werden. Passiert dies nicht, können sie leichter ausgebeutet werden. Unicef fordert deshalb stärkere Gesetze bzw. eine Politik, die verhindert, dass Kinder während des Transits von ihren Eltern oder von anderen Familienmitgliedern getrennt werden. Außerdem sollten Prozeduren beschleunigt werden, um Kinder und Eltern schneller miteinander wiederzuvereinigen. Dies gelte auch für die Ankunftsländer. Alle Kinder bräuchten zudem eine legale Identität.



Schule, Gesundheit

Viele Kinder auf der Flucht erhalten keine Bildung. Sie haben zudem keine anständige Versorgung mit medizinischen Gütern und weiteren grundlegenden Diensten. Unicef fordert deshalb von Regierungen, Gemeinschaften und dem Privatsektor, alle Kräfte zu bündeln, um Kindern ein menschenwürdiges Leben zu bieten. Der Zugang zu Bildung, Gesundheitsdiensten, einer Unterkunft, Nahrung, Wasser und sanitären Einrichtungen sei das Minimum. Der Migrationsstatus eines Kindes dürfe keine Rolle spielen.



Die Ursachen

„Langwierige Konflikte, andauernde Gewalt, extreme Armut und Benachteiligung treiben Millionen aus ihrem Zuhause“. Vor diesem Hintergrund fordert Unicef, die Ursachen dieser Probleme zu bekämpfen. Neben der Prävention von Konfliktsituationen werden aber auch prozessbegleitende Maßnahmen gefordert. So müsste z.B. alles darangesetzt werden, um Konflikte zu entschärfen. Außerdem müsse ein besseres Umfeld für Toleranz entstehen. Daneben müssten Gesundheits- und Finanzfaktoren respektiert werden.



Keine Xenophobie

Migranten- oder Flüchtlingskinder werden oft Opfer von Diskriminierung, Xenophobie oder Stigma. Gerade hier gilt die zentrale Botschaft: Jeder Bürger, jeder von uns, spielt eine Rolle, um die Kinder in unsere Städte und Gemeinschaften zu integrieren. Lokale Führungspersönlichkeiten, NGOs, die Medien und der Privatsektor könnten eine positive Rolle in der Bekämpfung von Xenophobie spielen. Außerdem könnten sie die Kinder, ihre Familien und ihre Aufnahmegemeinschaft einander näher bringen.